

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 05. November 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-24-0006

Einführung eines Bürgerhaushaltes

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 16.09.2008 -

Vorbemerkung:

Haushaltsentscheidungen der Stadtverordnetenversammlung haben zumeist unmittelbare Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger der LH Wiesbaden. Deren Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Haushaltserstellung sind jedoch äußerst gering.

Ein 'Kommunaler Bürgerhaushalt' bietet die Möglichkeit, Bürgerschaft und Kommunalpolitik auch auf dem schwierigen Gebiet der Haushaltsaufstellung zu einem konstruktiven Dialog zusammen zu führen. Ferner hat die Verwaltung Gelegenheit, ihre Arbeit der Bürgerschaft zu vermitteln.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, Vorbereitungen für die Erstellung eines 'Kommunalen Bürgerhaushalts' für den Doppelhaushalt 2010 / 11 zu treffen.

Vor Einleitung der nachfolgenden Maßnahmen ist ein Kostenrahmen für das Projekt 'Kommunaler Bürgerhaushalt' und entsprechende Deckungsvorschläge aus dem Dezernatsbudget zu benennen.

Der Bürgerhaushalt soll

- einen Überblick über den Gesamthaushalt und die einzelnen Bereiche mittels Broschüren, eines geeigneten Internet-Auftritts und Informationsveranstaltungen ermöglichen;
- eine Diskussion des Gesamthaushaltes und einzelner Bereiche mit den Bürgerinnen und Bürgern in Diskussionsveranstaltungen, über den Internet-Auftritt, bzw. mittels geeigneter Methoden zur Meinungserfassung zulassen;
- Rechenschaft gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern über von der Stadtverordnetenversammlung berücksichtigte und nicht berücksichtigte Maßnahmen geben.

Der Magistrat wird ferner gebeten,

- einen Projektverantwortlichen zu benennen, der zugleich Ansprechpartner für Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ist;
- einen Zeit- und Aufgabenplan festzulegen, der den Projektverlauf bestimmt;
- regelmäßig dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung über den Sachstand der Umsetzung zu berichten.

1. Der Beschluss Nr. 0499 der Stadtverordnetenversammlung wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat wird gebeten, bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung am 03.12.2008 nach dem Beispiel der Stadt Köln Vorschläge zu einzelnen Bereichen, die näher betrachtet werden könnten, zu erarbeiten.
3. Der Magistrat wird weiterhin gebeten, zeitnah ein Glossar der häufig verwendeten Abkürzungen vorzulegen.

Wiederaufnahme in die Tagesordnung 03.12.2008

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2008

Horschler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2008

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2008

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister